



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

---

Es informiert Sie:	Melina Korb
Telefon:	02104/99-1820
Fax:	02104/99-4953
E-Mail:	melina.korb@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 01.10.2024

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 19.09.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Martina Köster-Flashar

#### **Mitglieder**

Dirk Brixius  
Heinrich Burghaus  
Schabestan Gafori  
Christian Gartmann  
Tobias Horn  
Marc Kammann  
Friedrich-Ernst Martin  
Renate Petschull  
Michael Ruppert  
Sybille Schettgen  
Annegret Schiffers  
Udo Switalski  
Hartmut Toska  
Dietmar Weiß  
Hans-Gerhard Winter  
Elizabeth Yeboah

#### **Verwaltung**

Thomas Fritsch  
Nils Hanheide  
Brigitte Heinz  
Daniela Hitzemann  
Ludger Jokiel

Arno Klünner  
Dr. Arne Köster  
Florian Peters  
Britta Röschmann  
Claudia Rügemer  
Torsten Schams  
Martin Stumpf  
Thomas Tödter

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.05.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. Konzeption zur Neuauflage der Kampagne „Bleib fair, halte Abstand!“ im Kreis Mettmann unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs 36/001/2024/1
5. Freiwillige Abgabe des Führerscheins (Fahrerlaubnisverzicht gegen Deutschlandticket)  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 13.02.2024 36/002/2024
6. Betriebsabrechnung 2023 der Kreisfeuerweherschule Mettmann 38/009/2024
7. Betriebsabrechnung 2022 für das Notarztsystem 38/010/2024
8. Rettungsdienst 38/011/2024  
Hier: Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 31.07.2024
9. Aktuelle Situation im Ausländeramt 33/002/2024
10. Verbraucher- und Energieberatung im Kreis Mettmann hier: Anpassung der Verträge mit den Beratungsstellen in Langenfeld und Velbert 39/003/2024

11. Nachträge

### **Nicht öffentlicher Teil**

12. Informationen der Verwaltung

13. Beteiligungsmanagement: Bericht über die Entwicklung der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH und der KDM-Kompostierungs- und Vermarktungsgesellschaft für Stadt Düsseldorf / Kreis Mettmann mbH 20/013/2024

14. Nachträge

### **Öffentlicher Teil**

#### **Zu Punkt 1: Formalien**

Die Vorsitzende, Frau KA Köster-Flashar, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt sie die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau KA Yeboah vertritt Herrn KA Kapell. Für Frau KA Serag erscheint Herr KA Toska. An Stelle von Herrn KA Hoffmann nimmt Herr KA Ruppert teil. Herr KA Bösel wird von Frau KA Schettgen vertreten. Für Herrn KA Werner ist Frau KA Schiffers anwesend.

Für die Tagesordnungspunkte 5, 7 und 10 wird als Berichterstatter für den Kreistag Herr KA Ruppert von der FDP-Fraktion benannt.

Herr Tödter wird für diese Sitzung vertretungsweise einstimmig zum Schriftführer bestellt.

#### **Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.05.2024**

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 16.05.2024 einstimmig.

#### **Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Herr Hanheide informiert über das Vorhaben der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein, sich nunmehr schnellstmöglich auf die Leitstelle des Kreises Mettmann aufschalten zu wollen. Es bestehe die Absicht, kurzfristig entsprechende Aufschaltgespräche aufzunehmen. Ziel sei eine Realisierung der Aufschaltung beider Städte im kommenden Jahr. Die politischen Gremien der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein seien bereits entsprechend durch die Verwaltungen informiert worden.

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>Konzeption zur Neuauflage der Kampagne „Bleib fair, halte Abstand!“ im Kreis Mettmann unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs - Vorlage Nr. 36/001/2024/1</b>
--------------------	--

Herr Hanheide berichtet über eine E-Mail des ADFC, Ortsgruppe Erkrath, welche die Verwaltung am 18.09.2024 erreicht habe.

Hinweis:

*Die an die Verwaltung gerichtete E-Mail des ADFC wird an die Ausschussmitglieder zur Unter-  
richtung weitergeleitet; da es sich um keinen „offenen Brief“ handelt, wird entgegen der ur-  
sprünglichen Absicht von einer Beifügung an die Niederschrift abgesehen.*

Der ADFC teile hierin im Wesentlichen mit, dass sich sein ursprüngliches Kernanliegen in der nunmehr vorliegenden Vorlage nicht mehr wiederfinde und dass die Verwaltung den aktuellen Vorlageninhalt nicht mit dem ADFC abgestimmt habe. Der ADFC habe darum die Verwaltung gebeten, die Vorlage zurückzuziehen.

Herr Hanheide verweist darauf, dass mit der aktuellen Vorlagenfassung lediglich erweiterte Inhalte aufgegriffen wurden, welche im Rahmen der letzten Sitzungen durch den Ausschuss an die Verwaltung herangetragen worden seien.

Frau KA Gafari sieht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiteren Beratungs- und Abstimmungsbedarf mit dem ADFC.

Herr KA Brixius könne für die SPD-Fraktion den vorliegenden Beschlussvorschlag unterstützen, verschließt sich jedoch nicht einem weiteren Beratungsbedarf.

Auch Herr KA Kammann sieht den Vorlageninhalt mit vorgelegtem Beschlussvorschlag als ausgewogen an. Jedoch würde auch die CDU-Fraktion sich einem weiteren Beratungsbedarf nicht entgegenstellen.

Auf Antrag von Frau KA Gafari wird daher dieser Tagesordnungspunkt einstimmig auf die nächste Fachausschusssitzung vertagt.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Freiwillige Abgabe des Führerscheins (Fahrerlaubnisverzicht gegen Deutschlandticket) - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 13.02.2024 - Vorlage Nr. 36/002/2024</b>
--------------------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion, Herrn KA Kammann, ohne Beschlussempfehlung einstimmig in die nächste Sitzung des Kreisausschusses verwiesen.

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Betriebsabrechnung 2023 der Kreisfeuerweherschule Mettmann - Vorlage Nr. 38/009/2024</b>
--------------------	---

Frau KA Köster-Flashar erkundigt sich, wie sich die finanzielle Situation der Kreisfeuerweherschule Mettmann perspektivisch darstelle.

Herr Schams führt aus, dass sich die ursprüngliche Kostenschätzung als sehr zielgenau erwiesen habe. Das derzeit bestehende Gesamtdefizit könne künftig durch Überschüsse ausgeglichen werden, welche aus der Erhöhung der Lehrgangskapazitäten bei stabil bleibenden Teilnahmegebühren generiert werden können.

Der Ausschuss nimmt die Betriebsabrechnung 2023 der Kreisfeuerwehrschule Mettmann zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7:            Betriebsabrechnung 2022 für das Notarztsystem - Vorlage Nr. 38/010/2024</b>
---

Herr Hanheide stellt in Aussicht, auch die Betriebsabrechnung des Jahres 2023 für das Notarztsystem noch in diesem Jahr vorlegen zu wollen. Daher empfiehlt er, aktuell von einer konkreten Entnahme aus dem Sonderposten abzusehen, um diesen sodann für spätere Ausgleichs heranziehen zu können.

**Beschlussvorschlag für den Kreistag:**

Die Betriebsabrechnung 2022 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Kreistages vom 25.09.2023 (Vorlagen Nr. 38/007/2023) über die Entnahme aus dem Sonderposten in Höhe von 344.991,69 Euro wird aufgehoben.

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2022 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann ergebende Fehlbetrag in Höhe von 294.958,60 Euro wird zeitversetzt im Zuge der Gebührekalkulation ausgeglichen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 8:            Rettungsdienst Hier: Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 31.07.2024 - Vorlage Nr. 38/011/2024</b>
---

Herr SB Winter bedankt sich für die schnellen und umfassenden schriftlichen Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 9:            Aktuelle Situation im Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/002/2024</b>
--

Herr Peters stellt in Ergänzung der Vorlage die aktuelle Situation im Ausländeramt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Peters stellt heraus, dass aktuell sämtliche Planstellen des Ausländeramtes besetzt seien und erläutert eingehend die im Prozess befindlichen Digitalisierungsmaßnahmen innerhalb des Ausländeramtes.

Frau KA Yeboah bedankt sich für die Ausführungen und die von ihr als sehr erfreulich wahrgenommene Entwicklung des Ausländeramtes.

Zu den Ausführungen von Herrn Peters fragt sie nach, wie es mit der Erreichbarkeit der Mitarbeitenden aussehe, wenn diese ihre Telefonate zukünftig über Tablets führen werden.

Ferner möchte Frau KA Yeboah wissen, welche Möglichkeiten insbesondere ältere oder nicht computeraffine Menschen hätten, ihre Anliegen und Anträge im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung des Ausländeramtes zu stellen.

Herr Peters erläutert, dass man sich durch eine Telefonie über Tablets eine bessere Erreichbarkeit des Ausländeramtes verspreche.

Die Digitalisierung sei zudem lediglich eine Ergänzung und kein Ersatz für bestehende Verfahrensweisen. Somit können Kundinnen und Kunden auch künftig ihre Anliegen in gewohnter Form persönlich oder schriftlich beim Ausländeramt erledigen.

Frau KA Gafari erkundigt sich vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse nach den Rahmenbedingungen hinsichtlich der Bearbeitung von Personenfällen mit Extremismusbezug.

Hierzu erläutert Herr Peters, dass es innerhalb des Ausländeramtes hierfür eine gebündelte Zuständigkeit gebe, um Informationsverluste auszuschließen und um Bearbeitungswege kurz zu halten.

Herr KA Burghaus stellt mehrere Nachfragen zu der Vorlagenstatistik und weist unter anderem auf aus seiner Sicht bestehende Differenzen zu der Präsentation hin.

Auf Vorschlag von Frau KA Köster-Flashar erklärt sich Herr KA Burghaus damit einverstanden, seine Nachfragen bilateral unmittelbar mit dem Ausländeramt zu klären.

Herr KA Brixius bedankt sich für die Ausführungen und die großen Erfolge, die das Ausländeramt bislang mit seinen organisatorischen Maßnahmen erreicht habe.

Frau KA Schiffers fragt in Hinblick auf häufig bestehende Sprachbarrieren zwischen Kundinnen und Kunden sowie dem Ausländeramt, ob die Antragsprozesse auch verschiedene Landessprachen berücksichtigen würden.

Herr Peters erklärt, dass Anträge in Papierform aktuell zumindest auch in den gängigen Sprachen Englisch und Französisch gefasst seien.

Digitale OZG-Anträge seien in rund fünf bis sechs Sprachen abrufbar. Auf der Homepage des Kreises Mettmann befänden sich zudem weitere Online-Formulare in zahlreichen weiteren Sprachen.

Herr KA Ruppert erkundigt sich mit Verweis auf das aktuelle Ereignis eines Messerattentats in der Stadt Solingen, wie im Kreis Mettmann damit umgegangen werde, wenn eine zur Rückführung vorgesehene Person nicht unter der bekannten Anschrift angetroffen werden könne.

Herr Peters erläutert, dass das Nichtantreffen von Personen einer der häufigsten Gründe für den Abbruch von Rückführungsmaßnahmen sei.

Im Kreis Mettmann sei es eine seit Jahren geübte Praxis, Anschriften von rückzuführenden Personen bei Nichtantreffen mehrfach zu überprüfen. Sofern Personen tatsächlich untergetaucht zu sein scheinen, erfolge eine unmittelbare Ausschreibung zur polizeilichen Personenfahndung. Man halte sich dabei an festgelegte Checklisten, um Bearbeitungslücken auszuschließen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 10: Verbraucher- und Energieberatung im Kreis Mettmann hier: Anpassung der Verträge mit den Beratungsstellen in Langenfeld und Velbert - Vorlage Nr. 39/003/2024</b>
--

Herr Hanheide erläutert, dass die Vertreter der Verbraucherzentrale ihre strategische Ausrichtung in der Vergangenheit dem Ausschuss bereits vorgestellt haben.

Die Vorlage stelle lediglich die entsprechende Umsetzung dar.

**Beschlussvorschlag für den Kreistag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlagen beigefügten Ergänzungsverträge für die Beratungsstellen in den Städten Langenfeld und Velbert abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 11: Nachträge</b>
-------------------------------

Keine.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 17:37 Uhr hergestellt.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:45 Uhr**

gez.  
**Martina Köster-Flashar**

gez.  
**Thomas Tödter**